

# Perspektiven

radikaler (Umweltschutz)Arbeit

**Nr. 1:**

## Strategien der Umweltbewegung

**Zusammengestellt von  
Jörg Bergstedt**

**Materialien zur Perspektivendiskussion:**

- Papier Nr. 1: Strategien für Umweltgruppen, 2 DM
- Papier Nr. 2: Radikal leben (Entwürfe für alternative Lebensprojekte), 2 DM
- Papier Nr. 3: Ökonomie von unten (Alternativen zum Kapitalismus), 2 DM
- Ö-Punkte: Vierteljährlicher Infodienst für UmweltschützerInnen (mit Themenbereich "Perspektiven"), 5 DM einzeln bzw. 20 DM/Jahresabo
- Perspektivenrundbrief (einschließlich "Ö-Punkte" – Abo), 40 DM/Jahr

# Perspektiven

## radikaler (Umweltschutz)Arbeit

Zusammengestellt von Jörg Bergstedt  
Post: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen – Saasen, Tel. 06401/90328 – 3, Fax – 5  
projektwerkstatt\_\_sa@apg.wwbnet.de

### Die Idee

Politische Bewegungen insgesamt sowie die Umweltbewegung im speziellen (und besonders ausgeprägt) handeln zu großen Teilen nicht mehr nach eigenen Zielen und Positionen, sondern danach, wo sich imageträchtige Erfolge erzielen lassen, wo Geldquellen und Kontaktebenen bestehen und wo statt Widerstand und klaren Forderungen die Teilhabe an den Tischen der Mächtigen in Aussicht steht. Die Entwicklung der letzten Jahre, weg von der Konfrontation hin zu unverbindlichen Kooperations-schienen (Lobbyarbeit, Agenda usw.), steht in krassem Mißverhältnis zur aktuellen Politik der globalisierten Ausbeutung und Zerstörung, der Deregulierung und der Priorität von Wirtschaftsinteressen vor denen der Menschen und der Umwelt.

Die aktuellen Konzepte des Umweltschutzes sind keinerlei adäquate Antwort auf die Entfesselung eines globalen Kapitalismus, sondern eher die bedingungslose Kapitulation und das Sich – Zufriedengeben mit Aktivitäten, die eher der Beschäftigung als konkreter politischer Veränderung dienen.

Unter dem Titel "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" soll dem Trend zu inhaltsleerer Lobbyarbeit oder kurzfristigen Aktionen etwas entgegengesetzt werden. Es ist an der Zeit, wieder klare Ziele zu formulieren, Forderungen abzuleiten und die Aktionsfähigkeit in der Gesellschaft (und nicht an den Tischen der Mächtigen) zurückzugewinnen.

### Umweltschutz ist nicht alles!

Die Diskussion nur über den Themenbereich "Umwelt" zu führen, ist schon ein Fehler. Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen haben gleiche Ursachen wie der rabiate Umgang mit der Natur. Beides entsteht dort, wo Ellbogenmentalität, Machtstrukturen und Unterdrückungsmittel es möglich machen, daß sie einige auf Kosten anderer (oder eben der Umwelt) bereichern können. Dabei ändert der Austausch von Personen ebensowenig wie der Versuch, in Details irgendwelche Grenzen ziehen zu wollen. Ziel aller Gruppen, die die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen zugunsten eines gleichberechtigten, gerechten und ökologischen Zusammenlebens ändern wollen, müßte die Änderung der zentralen Strukturen sein. Umweltschutz ist ebensowenig separat zu lösen wie andere soziale Fragen.

Dennoch gibt es einen Grund, die Debatte in Umweltschutzgruppen und –organisationen zu führen, der ausschließlich pragmatischer Natur ist. Es ist eine direkte Folge fehlender Perspektiven und Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft, daß zwischen den Gruppen mit verschiedenen Themen kaum ein Austausch besteht. Daher ist es nicht möglich, eine übergreifende Diskussion ingangzubringen ... jedenfalls nicht, solange sich nicht einiges geändert hat und Scheuklappen verschwunden sind.

### Prozeß statt Dogma

Das hier vorliegende Papier ist kein Abschluß. Den meisten UmweltschützerInnen sind seit langem klare Ziele und Positionen verlorengegangen. Anpassung, Orientierungslosigkeit bis zum Abdriften in staatsnahe, ökofaschistische oder esoterische Richtungen sind die Folge. "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" soll ein Prozeß sein, an dem hoffentlich viele mitstricken. Um die Übersichtlichkeit und Konkretheit der Perspektiven zu verbessern, gibt es verschiedene Themenstränge. Ihnen gemeinsam ist, daß im Mittelpunkt neben dem direkten Austausch, der Diskussion von Beispielen und der Situationsanalyse und –kritik jeweils ein Perspektivenpapier steht, an dem ständig gearbeitet wird. Dieses Papier hier ist also zu einem der Themen und stellt den Stand der Diskussion zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Es dient dazu, sich an den Formulierungen zu reiben, zu kritisieren, zu ergänzen und weiterzutreiben. Varianten können beschrieben werden, wo verschiedene Wege denkbar sind.

Insofern ist dieser Vorspann eine Einladung ... das folgende Papier nicht nur zu lesen, sondern auch zu kritisieren und weitere Vorschläge zu machen. Und es ist eine Einladung, sich überhaupt am Prozeß zu beteiligen – der läuft schriftlich und direkt, d.h. es gibt in losem Abstand Diskussionstreffen und Seminare zum Thema.

# Strategien der Umweltbewegung

## Geschichte(n) von Bewegung, Verbänden und Verfilzung

Die Umwelt"bewegung" hat ihre Wurzeln im Ende der 60er Jahre beginnenden Kampf gegen Atomkraftwerke sowie zunächst wenige weitere Großbauten. In den 70er Jahren gründeten sich dann deutlich mehr, vor allem lokal tätige Gruppen gegen (fast) jede Form von Umweltzerstörung, sei es durch Straßen, Kraftwerke, Gewerbe oder Flughäfen. Die klassischen Umweltverbände sind kein Ausgangspunkt der Umweltbewegung. Sie haben zwar eine viel längere Tradition, die aber ist staatsnah und unpolitisch gewesen. Es dauerte mehrere Jahre bis Jahrzehnte, bis die Umweltverbände unter dem Einfluß der "Bewegung" ihren Arbeitsstil änderten und zudem die Inhalte übernahmen. Der BUND vollzog dieses sehr schnell, war aber z.B. noch 1969 (damals nur in Bayern vertreten, aber schon mit dem Vorsitzenden Hubert Weinzierl) ein Befürworter der Atomenergie, als schon die ersten Massendemonstrationen gegen Atomkraftwerke liefen. Der Naturschutzbund (NABU, damals noch Deutscher Bund für Vogelschutz) faßte z.B. erst 1986 nach dem Unfall von Tschernobyl erstmals einen atomkritischen Beschluß, der konservative WWF blendet bis heute umweltpolitische Themenstellungen aus. Gleiches gilt für etliche landesweite Naturschutzverbände, deren Bekanntheitsgrad bundesweit aber eher gering ist.

Die zunächst verbandsunabhängige Umwelt"bewegung" besaß keine Tradition. Ihre Organisationsformen waren eher locker und dezentral (Bürgerinitiativen). 1972 wurde der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz als Dachverband eines Teils dieser lokalen Gruppen gegründet, zum Teil gab es auch landesweite Bündnisse. Der Einfluß der "Bewegung" auf die traditionellen Verbände war aber so stark, daß diese sich ganz oder teilweise zum Teil eben dieser "Bewegung" entwickelten. Der BUND sammelte nach seiner Gründung sogar recht systematisch die überall im Land vorhandenen Bürgerinitiativen und machte sie zu eigenen Untergliederungen (unter Verlust derer Eigenständigkeit). Insgesamt führte der Kampf gegen Atomkraftwerke und Großbauten zu einer Radikalisierung und Politisierung der traditionellen Umweltverbände. Das stärkte die "Bewegung" als außerparlamentarische Kraft, ohne daß die engen Bindungen an den Staat völlig aufgegeben wurden. Dabei waren deutliche Unterschiede sichtbar. So gab es bis ca. 1986 in Bayern engste Verbindungen zwischen der regierenden CSU und dem BUND-Landesverband (Bund Naturschutz). Die Auseinandersetzungen um Wackersdorf in Verbindungen mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl riß tiefe Gräben, DoppelfunktionärInnen zwischen Partei und Verband entschieden sich in der Regel für eines von beidem. In anderen Ländern war der BUND eher SPD-nah, dort kam es seltener zu solchen Entfremdungen von Staat und Verband.

Die Entwicklung stärkte insgesamt die Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit des Umweltschutzes. Die "Bewegung" und die von ihr beeinflussten Verbände konnten das Thema Umweltschutz zu einer der prägenden Diskussionen in der Öffentlichkeit machen. Ab Mitte der 70er bis Ende der 80er Jahre, also noch über den Regierungswechsel zu CDU/CSU/F.D.P. hinaus, wirkte sich das vor allem auf sich ständige verschärfende Umweltschutzregelungen aus.

Der zunehmende Einfluß auf das politische Geschehen veränderte die Situation für BIs und Verbände jedoch erheblich. Eine neue Nähe zwischen Staat und UmweltschützerInnen entstand vor allem aus zwei Gründen. Zum einen mußten Fachämter und -stellen mit fachlich geschultem Personal besetzt werden, wodurch viele ehemalige AktivistInnen der Umweltgruppen zu Bediensteten des Staates wurden. Gleichzeitig entstanden Fördertöpfe für Umweltschutzmaßnahmen und -verbände, Wettbewerbe. Wo nur wenige Jahre zuvor noch Streit herrschte, wurden führende UmweltschützerInnen jetzt von den Regierenden sowie von Firmen oder Organisationen geehrt. Die Folgen sind heute sichtbar: Die Umwelt"bewegung" ist geteilt. Sie besteht aus dem großen, reichen und mit Staat und Industrie stark verfilzten Teil der großen Verbände, in denen jetzt wieder (wie früher) etliche FunktionärInnen gleichzeitig in Parteien mitarbeiten oder Bedienstete des Staates sind, sowie dem Teil, der den Prozeß der Annäherung an Staat und Wirtschaft nicht mitvollzog oder erst danach, teilweise in Opposition zu den etablierten Strukturen, entstand. Beispiele für die ersteren sind die großen Verbände mit Ausnahme einzelner Untergliederungen, die ihre Unabhängigkeit erhalten konnten und wollten, sowie etliche Umweltzentren, -bildungsstätten, -medien usw. Beispiele für den unabhängigen, oft sogar antistaatlichen Teil der "Bewegung" sind einige der verbliebenen BIs, wenige BUND- und Grüne-Liga-Gruppen, große Teile der Anti-AKW- und Anti-Gentechnik-Gruppen sowie Abspaltungen von den etablierten Verbänden (z.B. die Jugendumweltbewegung Anfang der 90er Jahre mit freien Gruppen, Umwelt- und Projektwerkstätten, die allerdings selbst schon wieder zu großen Teilen etabliert ist). Die Dimensionen des Filzes sind vor allem in den Spitzen der Verbände sowie in den Geschäftsführungen auch der verschiedenen Einrichtungen erheblich. Viele Umweltverbände (z.B. Grüne Liga und Deutscher Naturschutzring) sind derart von staatlichen Förderungen abhängig, daß deren Ende der Auflösung des Verbandes gleichkäme und keinerlei Sicherungsmaßnahmen bestehen. Bei anderen sind alle oder fast alle SpitzenfunktionärInnen Parteimitglied und/oder Staatsbedienstete. Da zudem nach der Beeinflussung und Modernisierung der Verbände durch die "Bewegung" die Verbände große Teile der unabhängigen Umweltgruppen aufgesogen hatten, erlitt die "Bewegung" Ende der 80er und vor allem in den 90er Jahren eine umfassende Schwächung. Ihr eigenständiges Profil gegenüber den Regierenden ging fast vollständig verloren. Die unabhängigen Gruppen gingen zahlenmäßig stark zurück, bis sie ab Mitte der 90er Jahre vor allem um Reizsymbole wie die Atommülltransporte und die Gentechnik wieder neu erstarkten, allerdings über das jeweilige Themengebiet hinaus bislang keinerlei Bedeutung gewinnen konnten.

Die Verfilzung großer Teile der Umwelt"bewegung" mit Staat und Wirtschaft stellt die größte Schwäche dar. Hinzu kommen weitere Merkmale gerade der starr organisierten Verbände und Einrichtungen, in Einzelfällen aber auch der unabhängigen Gruppen.

- Vereinsmeierei: Das Bestehen auf den eigenen Verbandsnamen als gegenüber Politik und/oder Öffentlichkeit zu nennendes Merkmal einer Aktivität erschwert zum einen die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden oder unabhängigen Grup-

pen, zudem rückt der politische Inhalt in den Hintergrund. Kampagnen und Aktionen vieler Verbände dienen mehr der eigenen Profilierung als der Durchsetzung bestimmter Forderungen.

- Kommerzialisierung: Immer mehr Verbände und Einrichtungen arbeiten nicht nur verstärkt mit der Wirtschaft zusammen, sondern mutieren immer mehr zu Konzernen. In Spitzenfunktionen sitzen immer mehr ManagerInnen und verdrängen die Personen mit fachlichen Ausbildungen im Umweltbereich. Statt Erfolge im Umweltschutz sind hohe Mitgliedszahlen, Förderungen und Spendeneingänge das Ziel. Dafür ist ein Management gefragt, radikale Positionen gefährden eher diese Ziele.
- Hierarchie und Bürokratie: Verbände sind schwerfällig, wenn ihre nur alle paar Wochen zusammentreffenden Vorstände entscheiden, oder demokratisch nicht legitimiert, wenn die Hauptamtlichen den Kurs bestimmen. Dem Ziel einer verbandlichen Geschlossenheit wird die flexiblere Form eigenständiger Fach- und Projektgruppen abgelehnt. Wer im Verband handeln will, muß Führungspositionen ergattern. Das lehnen viele ab, ihre Möglichkeiten bleiben ungenutzt. In Einzelfällen werden sogar aktive UmweltschützerInnen massiv unterdrückt, Führungsgremien versuchen oft, die Eigenständigkeit der Untergliederungen zu beschränken.
- Thematische Scheuklappen: Wie auch in anderen gesellschaftspolitischen "Bewegungen" konzentriert sich der Großteil der UmweltschützerInnen ausschließlich auf ihr Thema. Dahinter steckt die Auffassung, daß ökologische Probleme separat gelöst werden können, also zwischen der Ausbeutung der Natur und der von Menschen keine gemeinsame Logik, z.B. die Herrschaftsstrukturen dieser Welt, besteht. Zum einen geht dadurch viel Kraft verloren, weil themenüberschreitende Bündnisse nicht zustandekommen. Zum anderen werden Forderungen gestellt, die den gängigen Herrschaftsstrukturen angepaßt sind und damit oft sogar gegen die Ziele anderer gesellschaftlicher Gruppen stehen (z.B. die atom- und gentechnikbefürwortende, imperialistische Agenda, die Einführung eines regierenden Ökorates bis zu Ökodiktatur, Verordnungs-naturschutz gegen die regionale Bevölkerung).
- Isolation: Nicht nur Vereinsmeierei führt zum Aus von Kooperationen. Vor allem in den unabhängigeren Zusammenschlüssen wie der Anti-Atom-Bewegung fehlt oft der Blick über den Tellerrand. Mit anderen Gruppen wird weder kooperiert noch findet eine Auseinandersetzung mit deren (angepaßten) Positionen statt. So reagiert die "Bewegung" z.B. auf den ständigen Verrat der eigentlich gemeinsamen Forderung nach sofortigen Atomausstieg bei BUND, Grünen usw. in der Regel gar nicht. So bleibt sie zwar der "reinen Lehre" treu, akzeptiert aber, im politischen Raum nur am Rande wahrgenommen zu werden, obwohl sie die öffentliche Debatte beherrscht. Gegenüber den Mächtigen aber treten die etablierten Verbände unangefochten als VertreterInnen des Umweltschutzes insgesamt auf - allerdings mit teilweise stark abweichenden Positionen zu dem, was die "Bewegung" in ihrer deutlichen Mehrheit fordert.

In der Summe ergibt sich, daß die Umwelt"bewegung" ihre bestehende Schwäche und Abhängigkeit zu guten Teilen selbst verschuldet hat, denn alle benannten Gründe sind nicht zwingend. Hinzu kommt, daß das Thema Umweltschutz in der Gesellschaft deutlich an Bedeutung verloren hat (wobei die Schwäche der Bewegung dazu beitrug). Seit Anfang der 90er Jahre findet ein massiver Abbau von Umweltschutzregelungen statt, ohne daß die Umwelt"bewegung" darauf entschlossen und wirksam reagierte. Ganz im Gegenteil ließen und lassen sich große Teile der UmweltschützerInnen trotz dieser Zerschlagung des umweltrechtlichen Instrumentariums in unverbindliche Dialoge (Agenda und mehr) einbinden, manche stimmen sogar in den Lobgesang der neuen, offiziellen Umweltschutzlinie ein (Selbstverpflichtung, Deregulierung als Chance usw.). Die offensichtlichsten Auswüchse des veränderten Staatshandelns wie das internationale Investitionsschutzabkommen MAI oder die Expo 2000 werden kaum angegriffen oder sogar unterstützt.

## Zuerst das Ziel, ...

Vor der Debatte neuer Strategien muß das Ziel geklärt werden. Die überwiegenden Teile der Umwelt"bewegung" agieren so, daß sie nur den Umweltschutz oder sogar nur Teile desselben als ihre Fragestellung begreifen. Grund ist nicht nur eine (oftmals sinnvolle) Konzentration auf Schwerpunkt, sondern viele UmweltschützerInnen gehen tatsächlich davon aus, daß es spezifische Gründe gibt, warum Umwelt zerstört wird, und daß folglich dieses Problem auch getrennt von anderen gesellschaftlichen Problemen zu lösen ist. Nur wenige Teile der "Bewegung", z.B. in der Anti-AKW-Bewegung, begreifen den Umweltschutz als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung oder diskutieren zumindest auch weitere Fragestellungen (zur Zeit vor allem die Frage des Sexismus).

Das Ziel, Umweltschutz separiert von anderen gesellschaftlichen Fragestellungen lösen zu wollen, ist aus zwei Gründen falsch: Es geht nicht und es wäre auch nicht gut. Daß es nicht geht, begründet sich darin, daß es keinen eigenständigen Grund gibt, warum die Natur (Boden, Rohstoffe, Luft, Wasser) ausgebeutet oder belastet wird. Vielmehr geschieht das aus den gleichen Gründen, warum auch Menschen ausgebeutet und unterdrückt werden: Wirtschaftlicher Profit (Reichtum) oder Macht, oft beides und oft einander bedingend, wenn z.B. der Zugang zu Rohstoffen die Macht über Boden, Wege und ausreichend Arbeitskraft voraussetzt. Um Umweltzerstörung zu bremsen, muß an den gleichen Ursachen angepackt werden wie dort, wo Menschen unterdrückt werden. Ausbeutung und Zerstörung müssen beendet werden. Sie würden nicht geschehen, wenn es keine Macht, keine Herrschaftsstrukturen gäbe, sondern die Menschen nach freiem Willen und in freien Vereinbarungen entscheiden. Ein Umweltschutz, der nicht die Machtfrage stellt, kann nicht gelingen. Er schafft höchstens zeitlich befristete Lösungen, z.B. Schutzgebiete und Verbote per Verordnung, die dann bei veränderter politischer Richtung wieder aufgehoben werden. Die Zerstörung des geschützten Gebietes oder Umweltgutes hat sich dann nur verzögert. Ein starker Staat entreißt die Umwelt den Menschen. Die UmweltschützerInnen suchen den Pakt mit dem Staat, um auf diesen Einfluß zu nehmen. Damit stärken sie den Staat und seine Fähigkeit, willkürlich zu handeln. Das Profit- und Machtinteresse von Staat und Wirtschaft (oft kaum getrennt) ist der Auslöser von Ausbeutung und Zerstörung. Genau diese Kräfte zu stärken, kann den Umweltschutz nicht voranbringen. Der Staat wird sich nur zeitweise auf einen "Deal" einlassen und später dank seiner gestiegenen Macht (bzw. der im Zuge der Deregulierung an die Wirtschaft weitergegebenen Befugnisse) deutlich mehr Schaden anrichten können. Dafür verantwortlich sind dann auch die zurückliegenden Kooperationen von kritischen gesellschaftlichen Gruppen und dem Staat. Insofern wäre Umweltschutz "von oben" nicht gut. "Nachhaltig-ökologische Wirtschaft" bedeutet dann nichts anderes, als daß länger und folgenloser Mensch und Natur ausgebeutet werden. Menschlich wäre nichts gewonnen, die bestehende Unterdrückungsmaschinerie bliebe.

Zudem nutzt der Staat die ihm wohlgesonnenen UmweltschützerInnen eiskalt aus. Er benutzt sie als Waffe gegen solche Gruppen, die weitreichendere Forderungen oder sogar den starken Staat selbst in Frage stellen. Die Integration der "freundlichen" Gruppen ist immer kombiniert mit der Ausgrenzung der radikaleren.

Die offensichtlich gleichen Ursachen für die Ausbeutung von Mensch und Natur legen den Schluß nahe, daß eine gemeinsame Strategie auch die wirkungsvollste wäre. Herrschaftsstrukturen und –denken prägen die Gesellschaft. Herrschaft wird mit Geld, Angst und Selbstorganisationsentzug sowie direkter Repression und Gewalt ausgeübt. Genauso wie die Unterdrückung von Menschen wäre auch die Ausbeutung der Natur nicht möglich ohne diese Mechanismen. Profitdenken und Egoismus sind schwer zu bekämpfen, es wird immer Menschen und Gruppen geben, die auf Vorherrschaft oder rücksichtslose Vorteilnahme drängen. Entscheidend ist, gesellschaftliche Verhältnisse zu erreichen, die dieses nicht mehr oder nur sehr schwer möglich machen. Dieses ist nur dann der Fall, wenn Machtstrukturen abgebaut werden und so auch nicht mehr dem Mißbrauch derer ausgesetzt sind, die Macht für ihre Zwecke einsetzen wollen. Macht bevorteilt immer die, die ihre Interessen nur mit Machtmitteln durchsetzen können, d.h. deren Ziele nicht mehrheitsfähig sind oder mindestens auf Proteste spürbarer Minderheiten treffen.

Die meisten UmweltschützerInnen verfolgen zur Zeit die Strategie, die Mächtigen von den Zielen des Umweltschutzes zu überzeugen in der Hoffnung, diese würden dann die Machtstrukturen einsetzen für ökologische Ziele. Abgesehen davon, daß dieser Weg den Zielen einer menschlichen Gesellschaft widerspricht, ist er auch chancenlos, weil die Personen, die die Macht erobert haben, dieses aus ganz anderen Gründen getan haben als mit dem Ziel des Umweltschutzes. Warum sollten sie jetzt, da sie an der Macht sind, plötzlich auf die Wünsche derer, die Umweltschutz fordern, mehr eingehen als daß das zur allgemeinen Beruhigung notwendig ist?

Alle Überlegungen legen einen Schluß nahe: Umweltschutz hat, wie viele andere gesellschaftspolitische Ziele, nur dann eine Chance, wenn es gelingt, die Herrschaftsstrukturen zu brechen. Jeder Teilschritt dahin ist wertvoll. Jede Forderung, die vielleicht ein Detail im Umweltschutz verbessert, aber die Macht eher festigt, wird langfristig sogar schädlich sein, weil die gewonnene Macht früher oder später auch im Sinne der Mächtigen genutzt wird – und das sind nun mal nicht die UmweltschützerInnen, FeministInnen oder KämpferInnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Was nötig ist, ist das Ringen um eine Gesellschaft mit dezentralen Entscheidungsstrukturen und maximalen Entscheidungsbefugnissen "von unten". Die Utopie ist eine Gesellschaft, in der freie Menschen aus freier Entscheidung gemeinsame Absprachen treffen, Organisationen gründen, Verträge schließen – aber sich immer gleichberechtigt begegnen. Die Teilschritte, um die es sofort gehen kann, stellen alle Einzelmaßnahmen dar, die die "Macht von unten" stärkt und die Entscheidungen erstens vom globalen zum lokalen sowie zweitens aus dem ökonomischen und parlamentarischen Raum zu den Menschen bringen.

## ... dann die Wege!

Orientierungslosigkeit entsteht, wenn die konkreten Wege ohne Ziel erfolgen. Darum ist zunächst wichtig, ein klares Ziel zu formulieren. Die konkreten Handlungen müssen auf dieses Ziel zuführen. Darum ist dingend nötig, zunächst eine neue Zieldebatte zu führen und dann zu prüfen, welche konkreten Maßnahmen zum Ziel führen.

Beispiele für konkrete Forderungen als Schritt zum Ziel:

- Direkte Demokratie ist ein Schritt, weil er die Macht der BürgerInnen vergrößert, wenn auch nur in kleinem Umfang. Ein ökologischer Rat, Beiräte oder Runde Tische sind dagegen kein Schritt zum Ziel, denn sie erweitern die Rechte nicht.
- Beteiligungsrechte bei Flächen- oder Rohstoffverbrauch wären ein Schritt in die richtige Richtung, weil dann die Betroffenen entscheiden.  
Die Ökosteuer ist dagegen ebenso wenig ein Schritt wie Selbstverpflichtungen der Wirtschaft oder das Öko-Audit, weil in allen Fällen nur die konzern-eigenen oder Marktmechanismen wirken, d.h. die Menschen keine erweiterten Rechte erhalten.
- Car-Sharing kann ein Schritt zu weniger Autoverkehr sein, wenn es nicht bislang Unmotorisierte zum Auto bringt. Das Drei-Liter-Auto ist dagegen kein Schritt zu diesem Ziel, weil es eher zu vermehrtem Autofahren führt, denn das Fahren wird billiger und gewissensentlasteter.

Die folgenden Vorschläge für konkrete Handlungen und Strategien bauen auf dem im ersten Teil entwickelten Ziel auf.

## Bewußtsein schaffen für das Ziel

Großen Teilen der Umweltbewegung fehlt ein Ziel ganz, vielen anderen fehlt ein umfassender Ansatz. Sie verfolgen nur Kleinstziele, die aber völlig ungeeignet sind, die umfassenden Probleme zu lösen. Daher ist es eine wichtige Aufgabe, überhaupt Bewußtsein zu schaffen für das eigentliche Ziel einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Große Umweltverbände und etablierte Einrichtungen sind genauso aufgerufen, diese Debatte zu führen wie die vielen kleinen Initiativen und Gruppen vor Ort oder zu konkreten Projekten.

Hier ist nötig:

- Stärkung der Zusammenarbeit und gemeinsamen Diskussion/Bildungsarbeit über Themengrenzen hinweg (Umwelt-, Eine-Welt-, Frauen-, Jugend- und soziale Gruppierungen)
- Thematisierung der umfassenden Ziele und Ursachen in den einschlägigen Medien, z.B. den Verbandszeitschriften, Umweltzeitungen, politischen Magazinen usw.
- Bildungsangebote und Thematisierung auf Veranstaltungen.
- Erarbeitung von Einzeltexten und Utopien/Leitbildern für eine herrschaftsfreie Gesellschaft (z.B. als Gegenbild zur Studie

„Zukunftsfähiges Deutschland“ oder der Agenda 21, die völlig untaugliche Zielbilder sind, weil sie die Herrschaftsstrukturen unangetastet lassen und nur, zudem teils umweltzerstörende Detailforderungen enthalten).

## Aktionsfähigkeit aufbauen und erhalten

Die meisten Umweltschutzgruppen und –verbände haben nicht nur klare und umfassenden Ziele verloren, sondern auch die Fähigkeit zur Aktion für solche Forderungen. Die Spezialisierung auf Lobbygespräche, unverbindliche Runde Tische und das Presseecho in den bürgerlichen Medien führt dazu, daß nur zurückhaltende Punkte eingebracht werden können, weil allein das Wohlwollen der Mächtigen und dann deren Durchsetzungsmöglichkeiten zum Erfolg führen können. Dort hätten Vorschläge, die die Macht als solche oder auch die Ziele der Mächtigen in Frage stellen, keine Chance.

Wer Ziele durchsetzen will, die den Mächtigen nicht gefallen bzw. die Macht sogar in Frage stellen, muß Aktionsfähigkeit außerhalb der Machtstrukturen entwickeln – vor allem mit den Menschen, deren Rechte zu stärken ohne das umfassende Ziel ist.

Folgende Detailpunkte müssen zur (Wieder-)Erlangung der Aktionsfähigkeit geklärt werden:

### 1. Unabhängigkeit

Wirksame Arbeit ist nur möglich, wenn Umweltschutzgruppen unabhängig sind, d.h. ihre Aktionsinhalte und –formen allein aus eigener Entscheidung, nicht aber aus äußerer Beeinflussung festlegen. Zur Zeit fehlt diese Unabhängigkeit in großen Teilen, Verbände und Einrichtungen sind finanziell vom Staat oder von Wirtschaftsspenden abhängig, an vielen Orten nehmen zudem Personen Entscheidungspositionen ein, die selbst (z.B. als Angestellte oder Beamte) vom Staat abhängen.

Um diese vielfache Unabhängigkeit zu überwinden, sind nötig:

- Gesicherte Finanzierung aus Eigenwirtschaft und breit gestreuten Spenden und Zuschüssen ohne Abhängigkeit von einzelnen GeldgeberInnen.
- Mindestens: Unvereinbarkeit von entscheidungsbefugten Ämtern in Umweltorganisationen und direkter (Lohn-)Abhängigkeit vom Staat bzw. Parteiämtern. Besser: Abbau von Macht, so daß keine Ämter mehr die Organisation dominieren, sondern eine Vielfalt selbständiger Gruppen entsteht.
- Aufbau bzw. Unterstützung unabhängiger Strukturen der Finanzierung (Fonds, Rücklagen, gegenseitige Hilfe) und Öffentlichkeitsarbeit (unabhängige Medien).
- Unabhängigkeit sollte auch intern gelten, d.h. Initiativen, örtliche oder Projektgruppen sollten in ihrem Handeln frei und nicht abhängig sein von vorgesetzten Gremien.

### 2. Infrastruktur

Wirksame Umweltschutz- und politische Arbeit braucht Arbeitsstrukturen: Räume, Geräte, Adressen, Know-How, Zugang zu Informationen und Archiven. Bislang ist es der Umwelt"bewegung" nicht gelungen, Ressourcen so aufzubauen, daß sie vielen zur Verfügung stehen und effizient genutzt werden. Millionenteure Umwelt"museen" stehen verschlossen herum, während sich aktive Initiativen mit dem zufriedengeben müssen, was die Personen an privaten Mitteln einbringen. Infrastruktur sollte geöffnet werden, Kooperation zwischen verschiedenen Gruppen bedeutet auch, sich gegenseitig die eigenen Geräte und Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Ein Schritt weiter ist der Aufbau gemeinsamer Infrastruktur in Form offener Umweltzentren, Infoläden oder Projektwerkstätten mit gemeinsamen Arbeitsmöglichkeiten (nicht nur Nebeneinander von Büros). Sie sollten enthalten:

- Gemeinsam genutzte, technische Infrastruktur.
- Materialiensammlung für Aktionen (Infostand, Stoff, Farben usw.)
- Gruppenräume, event. auch Seminarmöglichkeiten.
- Archive, Bibliotheken usw.
- Listen über Fachkenntnisse und sonstiges Know-How der Personen im Umfeld (gegenseitige Hilfe und Beratung)
- Infobretter und sonstige Formen des Austausches.
- Transparenz, d.h. Durchsichtigkeit aller Entscheidungen und uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen.

### 3. Flexibilität und Effizienz

Die internen Strukturen müssen so geändert werden, daß mehr Menschen sich selbst einbringen und eigenständig aktiv werden können. Nur dadurch läßt sich die Breite der politischen Bewegung vergrößern. Große, zentrale Verbände mit starren Strukturen sind zu schwerfällig. Sie sprechen zwar (nach langen Entscheidungsprozessen) "mit einer Stimme", doch hat das kaum Wirkung. Im Gegensatz dazu kann Phantasie und Vielfalt viel bewegen. So haben z.B. Beispiel die wenigen phantasievollen GentechnikgegnernInnen, die Äcker besetzen oder zerstören sowie sonstige phantasievolle Aktionen durchführen, mehr bewegt als die großen Apparate – wobei die Gesamtwirkung auch durch das Mitziehen der Großen auf die direkten Aktionen entsteht, ein Aktionskonzept, auf das solche Handlungen aber immer setzen.

Grundlage flexibler Arbeitsformen sind die Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen und die Autonomie der Basis- und überregionalen Projektgruppen. Die großen Verbände müssen zugunsten vielfältig zusammenarbeitender, offener Netzwerke verschwinden oder sich selbst zu solchen entwickeln. Allen Menschen muß es freigestellt sein, in Gruppen zusammenzukommen und unter eigenem Namen zu agieren. Machtstrukturen müssen auch in der Umwelt"bewegung" selbst abgebaut sein, um die Fähigkeiten und das Potential vieler unabhängig agierender Menschen und Gruppen freizusetzen.

### 4. Vernetzung und Kooperation

Kaum etwas hat die Arbeit der etablierten Umweltverbände so geprägt wie die Verbandsmeierei. Jeder Verein mußte ständig seinen Namen in den Vordergrund rücken, das eigene Image war oft wichtiger als die Sache. Kamen persönliche Fehden der Führungspersonen dazu, war eher ein Gegeneinander zu verzeichnen als Kooperation und Unterstützung.

Um die Wirkung der Umweltschutz – und politischen Arbeit zu verbessern, sind nötig:

- Regelmäßiger Austausch und gemeinsame Infrastruktur (siehe 3.)
- Alle Aktionen und Projekte sind so zu planen, wie es für die Sache am besten ist. Das bedeutet in der Regel, daß sich die mittragenden Verbände und Organisationen selbst zurücknehmen, PartnerInnen suchen und die Sache in den Vordergrund stellen.
- Solidarität ist eine wichtige politische Waffe. Die Mächtigen verfolgen ständig die Strategie des "Spalte und herrsche", d.h. besonders unbequeme Personen oder Gruppen werden ausgegrenzt und angegriffen. Das kann jederzeit auch die eigene Gruppe treffen. Dieser Strategie der Macht kann nur mit Solidarität begegnet werden, die von der Unterstützung in der öffentlichen Debatte bis zu konkreten Aktionen reicht.
- Kooperationen und Solidarität sollten zwischen allen Gruppen und Organisationen gelten, die am gemeinsamen Ziel einer herrschaftsfreien Gesellschaft arbeiten – also über die Grenzen des Umweltthemas hinweg.

## 5. Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit

Themen setzen und Aktionen durchführen, ist eine (wichtige) Form der politischen Arbeit. Hinzu aber muß der Versuch kommen, immer mehr Menschen zu gewinnen. Dafür sind die Strategien und Inhalte zu entwickeln, damit nicht Anbiederung zum vorherrschenden Weg wird, wie es zur Zeit meist passiert (vornehm ausgedrückt: "Die Leute da abholen, wo sie stehen"; tatsächlich vor allem ein bewußtes Kalkül, die Menschen nicht mit unbequemen Forderungen zu konfrontieren, um sie für Spende und/oder Mitgliedschaft bereit zu halten).

- Verbandszeitschriften, Rundbriefe usw. sollten anstehende Aktionen, Hintergründe und Möglichkeiten zum Mitmachen transportieren, und nicht nur (ohnehin zweifelhafte) Erfolgsbilanzen und Spendenaufrufe. Dabei sollten alle Gruppen und Organisationen auch die Veranstaltungen anderer mitverbreiten (soweit sie den eigenen oder dem Gesamtziel entsprechen).
- Umweltschutzgruppen sollten unabhängige Medien (Zeitungen, freie Radios usw.) herausgeben oder, wenn vorhanden, unterstützen. Die Abhängigkeit von bürgerlichen Presseorganen muß gebrochen werden.
- Aktionen und politische Forderungen sollten öffentlich sichtbar gemacht werden. Infostände, Demonstrationen, Blockaden oder phantasievoll – symbolische Aktionen sind meist wirkungsvoller als Beschwerdebriefe oder Dienstaufsichtsbeschwerden.

## Kristallisationspunkte schaffen

Die Vergangenheit hat bereits bewiesen: Öffentliche Debatte entzündet sich an Symboliken – dort, wo gesellschaftliche Debatte einen Kristallisationspunkt hat. Das beweisen die Auseinandersetzungen um den CASTOR ebenso wie besetzte Genfelder. Viele und gerade die großen Umweltverbände haben das nicht verstanden und setzen nach wie vor auf allgemeine Aufklärung und Lobbyarbeit. Dabei gibt es eine große Breite möglicher Kristallisationspunkte für Umweltschutz – und allgemeine politische Forderungen zu schaffen.

### 1. Widerstand

Widerstand richtet sich gegen konkrete Vorgänge, er kann aber komplexere Sachverhalte mitvertreten. Typische Widerstandsformen sind Genfeldbesetzungen oder der Widerstand gegen einen konkreten Atommülltransport. Hier wird das Detail angegriffen, aber die grundlegendere Kritik mit benannt.

Widerstand ist gegen umweltzerstörende Projekte, ebenso aber im politischen Raum möglich. Wenn Anhörungen, Parlaments – oder Ausschusssitzungen so gestört werden, daß sie nicht stattfinden können, fällt das unter den Widerstand. Damit kann verbunden sein, die solche Gremien als nicht befugt angesehen werden, die anstehenden Entscheidungen zu treffen. So kann Widerstand die Forderung nach Dezentralisierung der Macht bekannt machen. Widerstand kann sich auch gegen sonstige politische Handlungen richten, z.B. Gelöbnisse, Abschiebungen, Paraden, Empfänge usw.

### 2. Symbole

Symbolische Handlungen stellen keinen Widerstand gegen eine konkrete Handlung (z.B. der Umweltzerstörung) dar, sondern symbolisieren Themen und Forderungen. Typische symbolische Handlungen sind Blockaden, Schornsteinbesteigungen, Anketten, "Verschönerungen", besetzte Häuser usw.

### 3. Alternativen aufbauen

Kristallisationspunkte können auch Alternativen sein, also solche aus Umweltsicht (Naturgebiete, – gärten, regenerative Energieanlagen, umweltfreundliche Betriebe usw. – wobei eine Alternative etwas anderes ist als Fortschritte in Minidetails) oder aus gesamtpolitischer (politische Kommunen mit anderen Strukturen, gesteigert als "staatsfreie Zonen", d.h. in direktem Konflikt zum herrschenden System).

## Lobbyarbeit/Wirken im System

Auf Gespräche mit den Mächtigen gänzlich zu verzichten, ist nicht begründbar. Allerdings ist eine gleichberechtigte Gesprächssituation herzustellen. Verhandlungen mit Regierungen oder Konzernen sind keine Bittgänge, denn solche würden die Machtverhältnisse nur anerkennen. Gleichberechtigte Gespräche aber sind nur dann möglich, wenn Umwelt- oder andere politische Gruppen über ein Verhandlungspotential verfügen, also Drohmöglichkeiten. Dieses sind in der Regel Aktionsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit - Demonstrationen, Kampagnen, Blockaden, direkte Aktionen usw.

Ohne ein solches Aktionspotential ist Lobbyarbeit, sind Verhandlungen mit den Mächtigen sinnlos - und sogar schädlich, weil sie deren Image aufbauen. Darum ist notwendig, zunächst die Aktionsfähigkeit wieder herzustellen, d.h. für alle, die Lobbyarbeit betreiben, ihre Kapazitäten zu nutzen, um Mobilisierungen erreichen zu können. Sie müssen dafür Basisarbeit leisten und Teil von Bewegungen werden. Geschäftsstellen sind umzugestalten, damit der Hauptteil der Energie in die Stärkung der Aktionsfähigkeit geht.

Neben dieser ist eine zweite Grundregel der Lobbyarbeit zu beachten, die unmittelbar einleuchtet. Gegenüber den Mächtigen dieser Gesellschaft muß das gefordert werden, was (umwelt-)politisch notwendig ist. Wer zögert, den Mächtigen mit klaren Positionen entgegenzutreten, hat schon verloren.

## Was muß geschehen?

Den Anfang muß die Diskussion um die Strategien machen - schonungslos und kritisch. Nur dann, wenn ein Bewußtsein für die eigene Wirkungslosigkeit entsteht, wächst auch die Kraft und der notwendige Mut zu Veränderungen, zumal in Richtung von mehr Radikalität und weitgehenderen Forderungen.

Diese Diskussion können alle an allen Orten einfordern: In den bestehenden Gruppen und Initiativen, in Verbänden und Netzwerken. Die Erfahrung zeigt: Die Mächtigen in den Organisationen wollen den Status quo. Veränderung muß von unten kommen. Sie darf nicht zaghaft sein, sondern muß Mut beweisen. Die erste Hürde für eine radikale und wirkungsvollere Umwelt"bewegung" werden die eigenen Kader, die Machtstrukturen im Umweltschutz selbst sein. Sie müssen abgeschafft werden - der wirkungsvollen Arbeit wegen und um aus der Umwelt"bewegung" ein Modell zu schaffen, wie auch gesellschaftliche Strukturen verändert werden sollen.

Angesichts der Verkrustung und Hierarchien in den Umweltorganisationen ist viel Druck von unten nötig, um die Veränderungen hervorzurufen. Aber jeder größere Druck entsteht an einem oder wenigen Punkten - wo alle nur unzufrieden darauf warten, daß andere anfangen, etwas zu verändern, geschieht selten etwas.

Ebenso wichtig ist, gleich den richtigen Ansatz zu finden: Der Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft macht neue Bündnisse nötig. Politische PartnerInnen finden sich nicht nur in anderen Umweltgruppen, sondern auch in Eine-Welt-, Jugend-, Frauen- oder sozialen Gruppen - auch wenn die selbst meist noch davon überzeugt werden müssen, daß das Problem und das Ziel ein gemeinsames sind.